

13

dodis.ch/38907

*Bericht des Direktors der Handelsabteilung
des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles¹*

KURZBERICHT ÜBER DIE AMERIKAREISE² VON BUNDES RAT BRUGGER
UND DIE VORANGEHENDEN BESPRECHUNGEN VON BOTSCHAFTER JOLLES
UND BOTSCHAFTER JACOBI IN WASHINGTON, 1.–11. MAI 1973

Vertraulich

Der Besuch begann am Tag nach der grossen Fernsehansprache Präsident Nixons über die Watergate-Affäre³, die die politische Szene in den Vereinigten Staaten während unseres Aufenthaltes völlig beherrschte. Trotzdem wurden sämtliche Rendez-Vous eingehalten und alle unsere Gesprächspartner zeigten sich entspannt und aufgeschlossen für eine Aussprache über Welthandels- und wirtschaftspolitische Themen. Die Diskussionen konzentrierten sich auf folgende Fragenkomplexe:

- Amerikanische Aussenhandelsgesetzgebung («Trade Reform Bill⁴») und Perspektiven für eine neue Welthandelsrunde im GATT⁵;
- Das Problem der Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts und die der Kissinger-Rede vom 23. April zugrundeliegenden Gedankengänge;
- Die amerikanische Wirtschaftspolitik und Massnahmen zur Inflationsbekämpfung;
- Gewisse entwicklungspolitische Fragen im Zusammenhang mit der künftigen Ausrichtung der multilateralen Finanzhilfe;
- Die Arbeiten des Exekutivkomitees der OECD in Sondersession;
- Den Stand der bilateralen Beziehungen Schweiz-USA, einschliesslich der Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit der EWG auf diese Beziehungen.

Die schweizerische Botschaft in Washington, die diese Besprechungen in besonders verdankenswerter und sorgfältiger Weise vorbereitet hatte, übernahm es, jedes einzelne Gespräch in einer Notiz⁶ festzuhalten, so dass sich

1. *Bericht*: CH-BAR#E7110#1984/70#1653* (821).

2. *Zur Vorbereitung der Reise vgl. das Telegramm Nr. 51 von P. R. Jolles an F. Schnyder vom 16. April 1973, dodis.ch/38906.*

3. *Vgl. dazu Dok. 55, dodis.ch/38943; den Politischen Bericht Nr. 34 von F. Schnyder an das Politische Departement vom 21. Mai 1973, dodis.ch/38933 sowie den Politischen Bericht Nr. 98 von F. Schnyder an das Politische Departement vom 7. November 1974, dodis.ch/38936.*

4. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Schnyder an P. R. Jolles vom 23. April 1973, dodis.ch/38942 sowie den Bericht der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom Mai 1973, dodis.ch/38908.*

5. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114, dodis.ch/38593, Anm. 2.*

6. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Geiser an P. R. Jolles vom 18. Mai 1973 sowie die Dokumentation zu den Treffen, Doss. CH-BAR#E2200.36#1996/251#104* (101.1).*



dieser Bericht auf einige allgemeine Eindrücke sowie die Zusammenfassung der Diskussion über jeden der vorgenannten Punkte beschränken kann.

Allgemeiner Eindruck

Gesamthaft gesehen, scheint die Stimmung besser als anlässlich des letzten Besuches in Washington vom 26.–30. Oktober 1971⁷, indem einerseits dank der guten amerikanischen Wirtschaftslage, verbunden mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, der zwar immer noch unterschwellig vorhandene Protektionismus weniger virulent ist und andererseits ein weit grösseres Interesse an einem handelspolitischen Gespräch festzustellen ist. Durch Beendigung des Vietnam-Krieges, aber auch angesichts des andauernden Zahlungsbilanzdefizits stehen für die amerikanische Regierung die Welthandelsprobleme und die Regelung der Beziehungen zu Europa heute im Vordergrund. Bei der Verwaltung scheint eindeutig die Bereitschaft zu bestehen, die Weltwirtschaftsprobleme auf dem Wege internationaler Verhandlungen in den bestehenden Gremien (GATT und Währungsfonds; zum Teil OECD) zu lösen, und zwar eher im Sinne des Abbaus der künstlichen Hindernisse, die den Anpassungsprozess erschweren, als durch Einfuhrbeschränkungen und -kontrollen. Auch scheint die amerikanische Regierung gewillt, einmal mehr eine führende Rolle für die Liberalisierung des Welthandels zu übernehmen.

Allerdings wird auch die Alternative autonomer Schutz- und Retorsionsmassnahmen vorbereitet, so dass es im jetzigen Zeitpunkt besonders wichtig scheint, die Amerikaner davon zu überzeugen, dass Lösungen auf dem Verhandlungswege sinnvoller und für alle Teile vorteilhafter ausfallen können als das Ergebnis eines Handelskrieges.

Ferner scheinen unsere Gesprächspartner realistischerweise einzusehen, dass eine neue GATT-Verhandlung kein Allerheilmittel darstellen kann und der Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz von zahlreichen weiteren Elementen, insbesondere auch der amerikanischen internen Wirtschaftspolitik abhängig sein wird. Diesbezüglich herrschte grosser Optimismus, ausgehend von der Überzeugung, dass der Dollar heute eher unterbewertet ist, so dass die internationale Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft zurzeit grösser sein sollte als seit langem. Auch die Wirkungen der amerikanischen Inflationsbekämpfung, obschon diese in punktuellen Massnahmen und einer pragmatischen Symptombehandlung besteht, werden günstig beurteilt.

Im Verhältnis zur Schweiz stellt in amerikanischer Sicht das Freihandelsabkommen⁸ einen echten Schatten dar. Über dessen Inhalt und Auswirkungen bestehen immer noch Missverständnisse. Auch wird, wenn von amerikanischer Seite von Europa die Sprache ist, immer nur auf die EWG Bezug genommen; die Konzeption eines Dreiecksverhältnisses – USA/EG/Japan – steht im Mittelpunkt der amerikanischen Überlegungen. Gerade in dieser Hinsicht dürfte sich die Reise besonders gelohnt haben, indem sie die Amerikaner daran erinnerte,

7. Vgl. dazu den Bericht von P. R. Jolles vom 3. November 1971, dodis.ch/36216.

8. Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182, dodis.ch/35776, bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145, dodis.ch/39510.

dass Europa ein differenziertes Gebilde geblieben ist und die Schweiz einen eigenständigen Gesprächspartner darstellt. Angesichts der Intensivierung der bilateralen Kontakte zwischen den USA und den EWG-Ländern dürfte eine Manifestation der schweizerischen Präsenz unerlässlich bleiben, weil wir sonst Gefahr laufen, überspielt zu werden.

Im folgenden sei die Stellungnahme unserer amerikanischen Gesprächspartner zu den Diskussionsthemen festgehalten; die schweizerische Argumentation ging von der in der Beilage auf englisch formulierten Gedankenskizze aus.

1. Amerikanische Aussenhandelsgesetzgebung

Die meisten Gesprächspartner zeigten sich optimistisch mit Bezug auf die speditive Behandlung und Verabschiedung der «Trade Reform Bill». Insbesondere sei der Beginn der öffentlichen Einvernahme im Kongress positiver verlaufen als erwartet; aus der Fragenstellung von Mills und den Mitgliedern seines Ausschusses sei keine grundsätzliche Opposition zu den verschiedenen Aspekten dieser Vorlage abzulesen gewesen. Auch wir erhielten den Eindruck, dass Chairman Mills, mit dem die Vorlage offenbar in allen Einzelheiten abgesprachen worden war, entschlossen ist, sein ganzes Gewicht einzusetzen, um diese ohne wesentliche Änderungen im Repräsentantenhaus bis zu den Sommerferien durchzubringen. Mills ist überzeugt, dass die Opposition gewisser Gewerkschaften, insbesondere Meany's, taktischer Natur ist, um Verbesserungen namentlich der «adjustment's assistance» und der steuerlichen Vorkehrungen zur Entmutigung der Verlegung von amerikanischen Produktionsstätten aus Steuergründen ins Ausland erzielen zu können.

Ungewisser wird der Ausgang der Beratungen im Senat sein, da sich das zuständige Komitee mit den Welthandelsfragen weitgehend unvertraut und in den üblichen protektionistischen Schlagwörtern gefangen zeigte. Der Präsident und Mills versuchen daher, ein gemeinsames Komitee zu bilden, um den Senat leichter «mitziehen» zu können. Eine negative Neuerung besteht darin, dass die «closed rule» schwieriger durchzusetzen sein wird – eine Opposition von 50 Repräsentanten im «democratic caucus» genügt zu einer Nichtanwendung – was das Stellen von Zusatzanträgen erleichtert. Die Behandlung im Senat dürfte erst gegen Jahresende – also nach Eröffnung der GATT-Runde in Tokio⁹ – erfolgen.

Eine *Verbesserung der Vorlage durch den Kongress ist nicht zu erwarten*, obschon Mills zugibt, dass die für uns besonders stossend wirkenden Kriterien, wie «unreasonable» (als Anlass für Retorsionsmassnahmen) und «market disruption» (als Grund für temporäre Schutzmassnahmen) präzisiert werden sollten. Die Abänderungen durch den Kongress werden auf der restriktiven Linie liegen.

Sowohl die Verwaltung wie Mills rechnen mit folgenden *Hauptschwierigkeiten*:

- Als Auswirkung der Watergate-Affäre wird der Kongress die *Verhandlungskompetenzen des Präsidenten zu beschneiden suchen*, sowohl im Sinne

9. Zur «Tokio-Runde» vgl. Dok. 114, dodis.ch/38593, Anm. 5.

einer Einschränkung des zulässigen Zollabbaus als auch der Marge für Zollerhöhungen sowie einer Verstärkung der Konsultationen mit dem Kongress während der Verhandlungen. Es wird jedoch damit gerechnet, dass dem Präsidenten mindestens die gleichen Vollmachten eingeräumt werden wie seinerzeit im Hinblick auf die Kennedy-Runde. Die Verwaltung wird sich gegenüber derartigen Abänderungswünschen flexibel verhalten.

- *Umwandlung der Ermessensfreiheit des Präsidenten zur Gewährung von Schutzmassnahmen in ein Obligatorium.*

Eine derartige Änderung würde den Charakter des Gesetzes grundlegend verändern. Deshalb wird die Verwaltung dagegen opponieren. Eberle sprach sogar von der Möglichkeit eines Vetos durch den Präsidenten.

- *Ausbau der «adjustment's assistance».*

(Geht in liberale Richtung; berührt uns insofern, als dadurch der Druck auf Anwendung der Ausweisklausel gemildert wird.)

- *Verschärfung der Besteuerung von USA-Produktionsstätten im Ausland.* Wir haben vor allem *unsere Bedenken gegen die vorgesehenen Ausweisklauseln*, die Möglichkeit von Retorsionsmassnahmen in Abweichung internationaler Verpflichtungen und die Präsuumtion, dass ein Ungleichgewicht der Zahlungsbilanzen den Erlass von Einfuhrrestriktionen legitimiert, zum Ausdruck gebracht. Die Antworten unserer Gesprächspartner lauteten jeweils, dass sich die Vereinigten Staaten mit diesem Gesetz nur die gleiche Handlungsfreiheit und Reaktionsmöglichkeit sichern wollen, wie sie ihre Handelspartner in der Regel besitzen, dass der Präsident von dieser Ermächtigung mit grösster Zurückhaltung Gebrauch machen werde und dass ohne diese Schutzbestimmungen der Kongress dem Gesetz seine eigenen Schutzklauseln beifügen würde, die im Sinne der Burke-Hartke-Bill viel einschneidender ausfallen würden. Ferner seien die für die bestehende «escape clause» vorgesehenen Erleichterungen (Konzept der «market disruption» und Fallenlassen der Verbindung mit Zollkonzessionen) ohne praktische Bedeutung, d. h. rein kosmetischer Natur; andererseits stellten die strengen Bestimmungen über die zeitliche Begrenzung derartiger Schutzmassnahmen und ihren stufenweisen Abbau sowie die Beurteilungskriterien, die erstmals auch die Konsumenteninteressen erwähnen, eine Verbesserung gegenüber den heute geltenden Bestimmungen dar.

Wir sind daher zur Auffassung gelangt, dass unsere Bestrebungen sich vor allem auf die Art und Weise konzentrieren müssen, in der diese nationalen Schutzklauseln in die internationalen Handelsregeln des GATT eingebaut oder hineininterpretiert werden sollen. Unser Ziel muss darin bestehen, nationale Schutzverfahren internationalen Regeln, Konsultationen und Kontrollen zu unterstellen. Unsere Gesprächspartner haben sich dieser Argumentation zugänglich gezeigt.

2. GATT-Verhandlungen und GATT-Reform

Die Ausdehnung des Welthandels und die Reform der internationalen Handelsregeln stellen für die Amerikaner gleichwertige und parallele Ziele dar. Während für die Verhandlungsziele über die Ausdehnung des Welthandels deutliche Vorstellungen bestehen, war über den Begriff der Reform des Welt-

handelssystemen wenig in Erfahrung zu bringen. Insbesondere erhielten wir nicht den Eindruck, dass die Amerikaner Pläne für eine Revision des GATT-Vertrages ausarbeiten, ausser dass offensichtlich veraltete Bestimmungen, wie der Massnahmenkatalog der Ausweichklauseln bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten (Art. XII), modernisiert werden müssten. Uneinig waren sich unsere Gesprächspartner darüber, ob auch die bisherige sektorielle Ausweichklausel des Art. XIX zu revidieren sei, um sie den in der Trade Reform Bill enthaltenen Vorstellungen anzupassen, oder ob eine «interpretative note» genügen würde¹⁰. Letzteres war die Auffassung Flanigans. Sie geht darauf hinaus, dass in der bevorstehenden GATT-Verhandlung ein Kodex über die Anwendung von Art. XIX niedergelegt werden sollte, so wie in der Kennedy-Runde der Antidumping-Kodex ausgehandelt worden war. Selbstverständlich würde die in der Trade Bill vorgesehene Möglichkeit gezielter Abwehrmassnahmen gegenüber einzelnen Ländern in Abweichung des Nichtdiskriminierungs-Grundsatzes und der Meistbegünstigung eine teilweise Revision des GATT bedingen. Diese Unsicherheit bezüglich der Opportunität, einen Revisionsprozess auszulösen, kommt auch darin zum Ausdruck, dass unsere Gesprächspartner die Auffassung vertraten, diese Fragen sollten erst gegen Ende der neuen GATT-Runde diskutiert und vorher im Rahmen des OECD zusätzlich geklärt und vorbesprochen werden (Fox).

Deutlicher erkennbar sind die *übrigen Verhandlungsziele der Amerikaner für die neue GATT-Runde*, der, wie einleitend bereits erwähnt, grosse Bedeutung zur Verbesserung der amerikanischen Handelsbilanz beigemessen wird, obschon sich die führenden Leute darüber klar sind, dass sie nicht allein einen Tendenzumschwung herbeiführen kann (Shultz; Stössel).

Im Vordergrund steht für die Amerikaner eindeutig die *Liberalisierung des Agrarhandels*. Die neuen Produktionsmethoden hätten dazu geführt, dass in den USA die Landwirtschaft zum konkurrenzfähigsten Industriesektor geworden sei. Deshalb soll – gemäss neuem Handelsgesetz – der Agrarhandel den gleichen Regeln unterstellt werden wie die Industrie. Lediglich mit Bezug auf den Abbaurhythmus könne im Sinne einer zeitlich verlängerten Staffellung differenziert werden (Flanigan; Peterson; Brunthaver). Da andererseits die gleichen Gesprächspartner zugeben, dass es sinnlos wäre, die EG-Agrarpolitik frontal angreifen zu wollen, ist nicht recht ersichtlich, welche spezifische Lösung den Amerikanern als realisierbar erscheint. Jedenfalls sind sie der Auffassung, dass die Preisstützungsmassnahmen abgebaut und der Landwirtschaftsschutz eher durch Subventionen und Ausgleichszahlungen bewerkstelligt werden sollte (Brunthaver). Die offensive amerikanische Handelspolitik kommt auch darin zum Ausdruck, dass 40 Millionen acres neu zur Bewirtschaftung freigegeben worden sind. Einzig das Handelsdepartement (Fox) erachtet die Forcierung des Agrarhandels zum Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanz als Anachronismus und vertritt die Auffassung, dass die Zukunft der amerikanischen Exportwirtschaft auf dem Gebiet der kapitalintensiven Industrieausrüstungen liegen sollte (Dent; Fox).

10. *Handschriftliche Marginalie*: Gatt XIX. Schädigung inländischer Produzenten durch Einführen.

Ein zweites Hauptpetitum betrifft den *Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse*, wo sich die Amerikaner insbesondere durch das staatliche Einkaufswesen, aber auch durch eine allfällige Industriepolitik der EG mit eigenen Normen und staatlicher Unterstützung der Forschung benachteiligt erachten.

Was schliesslich das Ziel für den *Zollabbau* anbetrifft, scheinen die Amerikaner im Begriffe, angesichts der Opposition der EWG ihren Vorschlag auf vollständige Beseitigung der Zölle aufzugeben. Eine neue Formel ist jedoch noch nicht ausgearbeitet; sie könnte (Fox) darin bestehen, dass eine sektorielle Harmonisierung angestrebt würde, die aber die Zölle wie auch die nichttarifären Handelshemmnisse erfassen müsste. In diesen Zusammenhang fällt der amerikanische Vorschlag, die Schutzwirkung der nichttarifären Hemmnisse in Zöllen auszudrücken, die dann dem allgemeinen Abbauschema unterstellt würden.

Gesamthaft gesehen scheint die amerikanische Zielsetzung tatsächlich in erster Linie im Abbau der Handelshindernisse zwecks Steigerung der Exporte und weniger in einer Beschränkung der Einfuhr zu bestehen (Shultz; Burns). Angesichts der Hochkonjunktur und der verbesserten Beschäftigungslage scheinen die Schutzbegehren abzunehmen. Das Textilproblem soll durch die bevorstehende internationale Vereinbarung im GATT gelöst werden; auf dem Stahlsektor sei eine Sanierung der Verhältnisse auf dem Verhandlungswege mit Japan erzielt worden; virulent, aber quantitativ wenig bedeutend, sei weiterhin der Schuhsektor (Fox).

Der *Verhandlungsvorschlag der EG-Kommission* ist von unseren Gesprächspartnern eher positiv beurteilt worden (Eberle). Im Verhältnis zur EWG sei eine deutliche Klimaverbesserung eingetreten; offenbar vor allem dank der Bemühungen Soames' (Shultz).

3. Freihandelsabkommen

Die *europäischen Freihandelsabkommen* empfinden die Amerikaner immer noch als unfair und als Beeinträchtigung ihrer legitimen Aussenhandelsinteressen. Peterson erklärte, soeben im Besitz eines Berichtes zu sein, wonach die amerikanische Ausfuhr eine Schädigung von 700 Millionen Dollar erleiden werde. Vor allem das Staatsdepartement (Rush; Stössel) und der Sonderbeauftragte des Präsidenten für Handelsverhandlungen (Eberle; Malmgren) scheinen noch nicht gewillt, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Hauptangriffspunkt bei der GATT-Prüfung werden die Ursprungsregeln bilden. Wir sind der These, wonach die Schweiz Kompensationen schulde, energisch entgegengetreten und haben darauf hingewiesen, dass unsere Delegation mit besonderer Hartnäckigkeit für eine ausreichend liberale Ausgestaltung der Ursprungsregeln eingetreten sei, um eine Beeinträchtigung der bestehenden Handelsströme zu vermeiden¹¹.

Natürlich richtet sich der amerikanische Angriff in erster Linie gegen die Präferenzabkommen mit den Mittelmeerländern und die ständige geogra-

11. *Handschriftliche Marginalie*: Brodmann überzeugt vom Gegenteil.

phische Ausdehnung der europäischen Präferenzpolitik. Angestrebt werde, laut Peterson, eine Stillhaltevereinbarung und dann ein gradueller Abbau dieser Präferenzregelungen.

4. Amerikanische Konjunktur- und Währungspolitik

Einhellig optimistisch zeigten sich unsere Gesprächspartner bezüglich der Inflationsbekämpfung. Weitaus wichtiger als das rapide Anschwellen der Agrarpreise sei die durchaus massvolle Entwicklung auf dem Lohnsektor. Die Lohnerhöhungen hätten in den letzten Monaten 5,5% nicht überschritten und seien somit im Rahmen der Richtlinien der Regierung geblieben. Das Verhältnis zwischen den Sozialpartnern sei besser – weniger Streiks – und mit 83,9 Millionen sei der bisherige Höchststand der Beschäftigung erreicht worden (Brennan). Einzig Burns zeigte sich etwas skeptisch über die Wirksamkeit der neuen Preisüberwachungsmassnahmen, die während unseres Aufenthalts vom Präsidenten verfügt wurden. Die Inflationsrate soll auf Jahresbasis auf 4–5% gehalten werden. Das «investment tax credit scheme» könne als Regulator eingesetzt werden (Ash). Allgemein beschäftigte unsere Gesprächspartner die Frage, wie lange der gegenwärtige Boom noch andauern werde, dessen Zusammenbruch bereits durch die Börse eskomptiert worden ist. Die Prognosen lauteten: bis Jahresende (Rockefeller) oder bis anfangs 1974 (Stein).

Was die *Währungspolitik* anbetrifft, waren alle Gesprächspartner der Auffassung, dass durch die beiden Dollarabwertungen das internationale Gleichgewicht hergestellt und eine gute Ausgangslage für die amerikanische Exportwirtschaft geschaffen worden sei. Es sei nun an der amerikanischen Industrie, diese Chancen zu nützen, wobei zugegeben wurde, dass die Exportorientiertheit zu wünschen lasse. Als Stimulus will die Exim-Bank ein Exportkredit-Refinanzierungs-Programm aufziehen. Sie erwartet eine ausgeglichene Handelsbilanz auf monatlicher Basis bereits ab Juli (Kearns) und einen Überschuss ab 1975 (Burns).

Dagegen waren unsere Gesprächspartner betont zurückhaltend betreffend die Aussichten auf das baldige Zustandekommen einer Währungsreform. Der Zwanziger-Klub erweise sich als zu schwerfällig, so dass möglicherweise auf den erweiterten Zehner-Klub zurückgegriffen werden müsse, um zu konstruktiven Vorschlägen zu gelangen (Burns). Betreffend Abbau des Dollarüberhangs erwarte man Vorschläge seitens der europäischen Gläubigerländer (McNamara; Danne), doch dürften diese nicht auf die Ausgabe von Schatzscheinen mit höheren Zinssätzen als den in USA üblichen hinauslaufen. Als konstruktive Lösung wurde die Übernahme von 10 Milliarden Dollar Schatzscheinen durch die BRD erwähnt.

Die Möglichkeit einer wirkungsvollen Bekämpfung kurzfristiger, spekulativer Kapitalbewegungen wurde pessimistisch beurteilt.

5. Entwicklungspolitik

Weder bezüglich spezifischer Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer in der neuen GATT-Runde noch der Bemühungen der OECD, eine neue Konzeption der Entwicklungspolitik auszuarbeiten, scheinen sich die Gedankengänge in Washington kristallisiert zu haben. Die erste Priorität wird

der Währungsreform eingeräumt. Ein «link» zwischen Sonderziehungsrechten und Entwicklungsfinanzierung wird abgelehnt. Die Gewährung ungebundener Finanzhilfe wird in der gegenwärtigen Situation als ausgeschlossen bezeichnet. Die Schwächung der Autorität des Präsidenten durch die Watergate-Affäre werde eine Erhöhung der Finanzhilfe, die nur durch persönliches Engagement des Weissen Hauses im Kongress durchzusetzen sei, unwahrscheinlich erscheinen lassen.

6. Bilaterale Fragen

Amerikanischerseits sind, abgesehen von den Bemerkungen betreffend Freihandelsabkommen, keine bilateralen Streitfragen aufgebracht worden. Schweizerischerseits haben wir den Antitrustfall Nestlé-Libby¹² sowie das Antidumpingverfahren gegen BBC zur Sprache gebracht (wohlwollende Zusagen seitens des Staatsdepartements), die Möglichkeit einer teilweisen Umlagerung des Zusatzkontingents für Schachtelkäse auf billigen Emmentaler beantragt (Ablehnung aus juristischen Gründen) und die Nützlichkeit einer GATT-Verhandlung für den Abbau störender amerikanischer Zolltarifspitzen unterstrichen.

7. Rolle der Schweiz und künftige Konsultationen

Die Besprechungen dürften besonders nützlich gewesen sein, um den Amerikanern die Tatsache vor Augen zu führen, dass die Schweiz weiterhin eine zielbewusste und eigenständige Aussenhandelspolitik zu führen gedenkt. Für das offizielle Washington besteht Europa eigentlich nur aus der erweiterten EWG. Diese ist mit dem Begriff des «transatlantischen Gesprächs»¹³, der «neuen atlantischen Charta» und des «Europa-Jahres» anvisiert. Einige unserer Gesprächspartner (vor allem Eberle und Malmgren) haben zugegeben, dass eine unabhängige Rolle der Schweiz nützlich sein könnte. Sie würden es gerne sehen, wenn gewisse Kompromissformeln von der Schweiz ausgehen würden, weil sich dann die «Grossen», ohne selber engagiert zu sein, darauf beziehen könnten.

Auch eine Fortsetzung derartiger bilateraler Konsultationen wurde als nützlich bezeichnet, ohne dass hiefür eine Institutionalisierung, etwa im Sinne einer gemischten Kommission, in Aussicht genommen zu werden brauche. Amerikanischer Kontaktpunkt für die Vereinbarung solcher künftiger Gespräche sei Stössel; im Rahmen des GATT in Genf und der OECD in Paris sollen die Kontakte laufend gepflegt werden. Die Amerikaner zeigen sich an der OECD vor allem deshalb interessiert, weil diese Organisation Japan einschliesst. Zahlreiche Gespräche betrafen denn auch das künftige Arbeitsprogramm des Exekutivausschusses der OECD in Sondersession.

Anlässlich des Empfanges durch die Swiss Society of New York und die American Swiss Association im Hotel Waldorf-Astoria am 8. Mai 1973 er-

12. Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an P. Languetin und S. Arioli vom 22. Januar 1973, dodis.ch/38954; die Notiz von K. Jacobi vom 20. März 1974, dodis.ch/38955 sowie das Telegramm Nr. 33 der schweizerischen Botschaft in Washington an K. Jacobi vom 20. Januar 1975, dodis.ch/38956.

13. Vgl. dazu Dok. 61, dodis.ch/38903.

läuterte Bundesrat Brugger in seiner Rede die schweizerische Haltung sowohl mit Bezug auf das Freihandelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften als auch die welthandelspolitischen Perspektiven. Der Wortlaut dieser Ausführungen liegt bei¹⁴.

14. *Vgl. die Aufzeichnung* Auszug aus der Rede Bundesrat Bruggers vor der Swiss Society of New York und der American-Swiss Association im Hotel Waldorf-Astoria in New York am 8. Mai 1973, *Doss. wie Anm. 1.*